

# Stettiner Zeitung.

N. 468.

Morgenblatt. Dienstag, den 9. Oktober.

1866.

## Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. Nach den milden, herzlichen und im vollen Sinne landesväterlichen Worten der königlichen Manifeste an die Bewohner von Hannover darf man nunmehr wohl hoffen, daß alle die aus den verschiedensten Gründen entstehenden Animositäten welche hier und da im Lande hervorgetreten sind, recht bald vollständig verschwinden und einem nach allen Seiten hin erwünschten Verhältnisse Platz machen werden. Diese Hoffnung ist um so begründeter, als der Alt König Georg's, durch welchen derselbe seine sämtlichen früheren Unterthanen ihres Eides förmlich entbunden hat, zumal die Staats- und Kirchendiener aller etwaigen Gewissensbedenken überhebt. Das Bedauerlichste bei der bisherigen Welfischen Agitation bestand ja eben darin, daß man so viele loyale Beamte, welche nach ihren sonstigen Rechtsanschauungen und Grundzügen gewiß eben so gern der neuen Regierung zu dienen bereit sind, doch durch den Appell an ihr Gefühl und ihr Gewissen in eine schiefe und bedenkliche Lage zu bringen suchte. Andererseits wird jener freudig zu begrüßende Alt des Königs Georg denn auch wohl einen sehr bestimmten Abschnitt in den seitlichen Demonstrationen des früheren hannoverschen Fürstenhauses bilden und der ohnmächtige und wahrheitswidrige Protest neben dem Weggange der Königin nach der Marienburg voraussichtlich den Schluss der Welfischen Agitationen bilden. — Uebrigens erwartet man in politischen Kreisen einen ähnlichen Alt, wie den des Königs Georgs, auch von Seiten des ehemaligen Herzogs von Nassau. — Alle Zeitungsangaben über die Berufung mehrerer Beamten nach den neu erworbenen Landesteilen, z. B. des Legationsrates L. Bucher nach Hannover, des Polizeipräsidenten v. Ende nach Schleswig-Holstein an die Stelle des Hrn. v. Schele-Plessen ic., sind, wie mir von zuverlässiger Seite versichert wird, ganz leere Konjekturen von Berichterstattern, welche eben so arm an Korrespondenzstoff als reich an Erfindungsgabe sind. — Wie die heutige "Börs.-Btg." berichtet, sind die Verhandlungen mit Sachsen in den letzten Tagen so lebhaft gefördert worden, daß ein naher Friedensschluß zu erwarten sei. Namentlich sei über gewisse militärische Arrangements jetzt eine Einigung erzielt, die früher im hiesigen Kriegsministerium — soll wohl heißen: von den Kommissarien des Kriegsministeriums — als befriedigend erachtet, vom Grafen Bismarck aber beanstandet, und demnächst vom Könige verworfen worden. Nun ist es richtig, daß die Verhandlungen mit Sachsen neuerdings wieder überhaupt in Gang gekommen sind; desgleichen, daß gewisse von Sachsen in militärischer Beziehung gemachte Propositionen, welche man an einer Stelle für annehmbar gehalten hatte, an entscheidender Seite zurückgewiesen worden sind. Ebenso gewiß ist es aber auch, daß unsere Regierung auf ihren Forderungen, durch deren Gewährung eine vollständige Garantie für die Beherrschung der militärischen Stellung Sachsen durch Preußen geboten werden soll, durchaus beharrt. In wie weit die sächsische Regierung die bezüglichen Vorschläge Preußens bereits acceptirt hat, darüber verlautet in sonst unterrichteten Kreisen bis jetzt durchaus nichts. Wohl aber hört man von allen Seiten einstimmig bestätigen, daß sowohl die Lage des sächsischen Hofes, als die Stimmung des sächsischen Volkes, namentlich aber auch die wenig beneidenswerthe Situation, in welcher sich die sächsische Armee gegenüber der österreichischen Gastfreundschaft befindet, Gründe genug darbieten, um in der That einen baldigen Friedensschluß zu erwarten.

Mehrere hiesige Blätter melden von einer bevorstehenden Reise des Königs zunächst nach den Elbherzogthümern. In künftigen Kreisen ist von einer solchen Absicht Sr. Majestät zur Zeit noch nichts bekannt. — Die österreichischen Zeitungen — und wie es scheint auch die österreichische Regierung — haben etwas Neues gefunden, was sie glauben als im Vordergrund der Situation stehend bezeichnen zu können, und was sie gerne mit dem Charakter einer brennenden Frage versehen möchten: — es ist die Sache der Polen. Was in dieser Beziehung die Ernennung des Grafen Goluchowski zum Statthalter von Galizien und ebenso die tägliche Lobberäucherung bedeutet, welche jener Ernennung von einer gewissen Klasse österreichischer Journale gespendet wird, bedarf keiner Auseinandersetzung. Von diesem Standpunkte aus giebt die "Debatte" die Theilnahme der Provinz Posen und zum Theil sogar Westpreußens an den Wahlen zum Reichstage des norddeutschen Bundes für eine Nichtachtung des Nationalitätsprinzips seitens der preußischen Regierung aus. Was das Alles soll ist sofort klar, wenn man an die frühere Stellung Österreichs zum Nationalitätsprinzip denkt, und wie es dasselbe bald durch Hegen der Nationalitäten gegen einander auszubauen suchte, bald dasselbe der österreichischen Staatseinheit gegenüber vollständig und thatlich verleugnete. Jetzt ist nun wieder die Begünstigung einer Nationalität an der Reihe: es ist eben nicht anderes, als wie sich ein Schwerkranker bald auf die eine, bald auf die andere Seite wirft, ohne doch in irgend einer Lage Ruhe finden zu können. — Nur als Kuriosum erwähne ich noch die Nachricht der "N. fr. Pr.": Der Kaiser Napoleon und Graf Bismarck seien darin einig, ein rekonstruiertes Polen unter die Herrschaft der sächsischen Dynastie zu geben. — Bisher war bei einer Vereinbarung über die Ablösung oder Rentifizierung von Realberechtigungen der geistlichen und Schulinstitute die unmittelbare Genehmigung der Centralbehörde erforderlich (Gesetz vom 15. April 1857). Durch Verfügung des Kultusministeriums vom 29. September c. ist jene Genehmigung jetzt dem pflichtmäßigen Ermessen der Bezirksregierungen anheimgegeben worden.

Die eroberten österreichischen Geschüze, welche seit dem Einzuge der Truppen zu beiden Seiten der Linden-Promenade aufgestellt waren, werden demnächst abgefahrene und nach dem La-

ratoriumshofe gebracht. Zur Anfertigung der unter dem 20. v. M. gestifteten Erinnerungskreuze dienen vier eroberte Bierpfänder-Geschüze im Gewichte von etwa 20 Centnern.

— Ueber die Lage der Verhandlungen in Betreff des Eintritts Luxemburgs in den norddeutschen Bund schreibt ein offiziöser Korrespondent der "H. B.-B." von hier: "Die nicht unbeträchtlichen Schwierigkeiten in Bezug auf das künftige Verhältnis Luxemburgs zu dem neuen deutschen Bunde sind noch in keiner Weise überwunden und es währen in dieser Angelegenheit noch lebhafte Unterhandlungen fort. Es sind indessen darüber vielfach übertriebene Nachrichten verbreitet. Thatsächlich scheint die niederländische Regierung allerdings einem unbeschränkten Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund, unter denselben Verhältnissen, wie sie bisher für Luxemburg als Mitglied des alten Bundes bestanden, abgeneigt, doch sind die Differenzen noch sehr weit davon entfernt, auf der einen oder der andern Seite auch nur dem Gehalte an Entscheidung durch die Waffen Raum zu geben, wovon hiesige Nachrichten wissen wollen. Der Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund ist für letzteren allerdings von ganz besonderer Wichtigkeit, allein mindestens eben so bedeutend sind die Vortheile, welche Luxemburg daraus erwachsen. Das Großherzogthum würde bei einer Trennung von Deutschland seine bedeutende Industrie namentlich für Leder und Eisenfabrikation völlig vernichtet sehen, die Hauptstadt aber den Verlust der Garnison, welche dort den kleinen Mann mit ernähren half, schwer empfinden. Diese und andere Erwägungen beschäftigen jetzt die entscheidenden Stellen hüben und drüben und man sieht sich hier der Hoffnung hin, daß eine Ausgleichung und zwar in nicht gar ferner Zeit zu Stande kommen werde."

In Betreff der angeführten Interessen der luxemburgischen Industrie bei dieser Frage ist daran zu erinnern, daß die Zollvereinsverträge durch den Krieg nicht nur zwischen den kriegsführenden Theilen, sondern, da ein Sozialvertrag durch den Ausritt auch nur eines Sozials erlischt, überhaupt als aufgelöst zu betrachten sind und, so weit sie nicht ausdrücklich erneuert sind, nur de facto in Wirksamkeit bleiben. Die Zugehörigkeit Luxemburgs zum Zollverein bildet also ein wesentliches Pressionsmittel der diesseitigen Regierung, dessen Wirkung sich zwar unmittelbar nur auf die luxemburgische Bevölkerung, mittelbar aber auch auf die niederländische Regierung als die natürliche Vertreterin der Interessen der ersten erstreckt. Bei der Beratung des Zollvereinsvertrages mit Luxemburg motivierte die Regierung in der Kommission ausdrücklich die Vorlegung dieses Vertrages zur Zustimmung weniger aus der Zukunft, als aus der Vergangenheit. "Der Vertrag mit Luxemburg," erklärte der Vertreter der Staatsregierung, "ist in Vertretung auch der übrigen Staaten des Zollvereins abgeschlossen und deshalb, da jeder Krieg alle zwischen den Theilnehmern seither bestandenen Verträge außer Wirksamkeit setze, durch den in Deutschland ausgebrochenen Krieg rechtlich außer Wirksamkeit gesetzt worden. Ueber die Frage der Wiederherstellung des Zollvereins sei die Verhandlung noch nicht mit allen Mitgliedern des vormaligen Zollvereins beendet und es erscheine deshalb unthunlich, näher auf diesen Gegenstand einzugehen. Es handele sich aber nicht bloß um die Zukunft, sondern auch um eine bereits vergangene Zeit, für welche die Verträge nach ihrem Inhalt Gültigkeit haben sollten, und während welcher auch der damalige Zollverein noch bestand. Deshalb müsse die Zustimmung des Landtages zu dem Vertrage unter allen Umständen eingeholt werden. Eben dieses Verhältniß habe die Regierung in die Notwendigkeit verkehrt, vom Beginne dieses Jahres mit der Ausführung beider Verträge (des mit Luxemburg und des mit Anhalt abgeschlossenen) vorzugehen, und es habe deshalb auch zu der Publikation derselben durch die Gesammlung geschritten werden müssen, welche somit gerechtfertigt erscheine."

Se. der König nahmen auf Schloß Babelsberg am 5. d. die Orden des verstorbenen Generals v. Schack aus den Händen der Schwiegersöhne desselben, der Obersten v. Ridda und v. Ditzfurth entgegen.

Se. R. H. der Prinz Albrecht kehrte gestern früh von Albrechtsberg hierher zurück und begab sich Nachmittags mit Sr. Maj. dem Könige nach Hubertusstock.

Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow hat sich auf sein Gut in Pommern begeben.

Der Kapitän z. S. und Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine Heldt, welcher sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Geestemünde und Kiel begeben hatte, ist am Sonnabend hierher zurückgekehrt.

Der General-Post-Direktor v. Philippsborn hat sich nach beendetem Aufenthalt in Wiesbaden, nicht nach der Schweiz, sondern über Köln nach Hannover begeben.

Dem Vernehmen nach hat der Landrat des Kreises Hamm, Frhr. v. Bodelschingh, sein Amt niedergelegt, um seine frühere Stellung in der Forstverwaltung wieder einzunehmen.

Mit dem mitgetheilten Patente wegen Besitznahme des vormaligen Königreichs Hannover stimmen die Patente wegen Besitznahme von Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. vollkommen überein. Auch die Proklamationen sind, bis auf den Anfang des letzten Allinea, ganz gleichlautend. Der Satz: "Euren Lehranstalten, den vielseitigen Pflegerinnen deutscher Kunst und Wissenschaft, werde Ich Meine besondere Aufmerksamkeit widmen", ist übereinstimmend nur in der Proklamation an die Hannoveraner und Kurhessen. Dagegen fehlt derselbe in der Proklamation an die Nassauer ganz, und in der Proklamation an die Frankfurter lautet derselbe: "Euren Schulen und den von Euch rühmlich gepflegten Anstalten für Wissenschaft und Kunst werde Ich Meine besondere Aufmerksamkeit widmen." Sämtliche vier Patente und Prokla-

mationen sind in der neuesten Nummer der preußischen Gesetzesammlung veröffentlicht.

Aus dem Leobschützer Kreise, 5. Oktober. Obwohl man schon seit vier Wochen von der Auflösung des ungarischen Freiwilligenkorps spricht, existirt und kantonirt dasselbe noch immer in hiesiger Gegend. Die Offiziere wissen wohl, wobin sie gehen werden, nicht aber die Gemeinen, welche trotz Art. 10 des Friedensvertrages es nicht wagen wollen, in ihr Vaterland zurückzukehren, eingedenk des Loses und der Veraktionen ihrer nach der Unterdrückung der Insurrektion von 1848 amnestirten Kameraden. Was soll man nun mit ihnen machen, zumal die Meisten kein Wort Deutsch verstehen? Guter Rath ist hier theuer, und die weitere Unterhaltung eines Corps von ca. 2000 Mann ist auch nicht billig, zumal die Löhnung noch immer nach dem Kriegsfuse normiert ist. Die tägliche Beschäftigung der Legionäre besteht in etwas Exerzieren und dann — Planiren. Die Kavalleristen haben neulich eine neue, einfache, aber recht kleidsame Uniform erhalten, wie es heißt, auf Kosten des Emigranten-Comités.

Celle, 7. Oktober. Das Patent über die Besitznahme des vormaligen Königreichs Hannover, sowie die Proklamation S. Maj. des Königs von Preußen an die Hannoveraner wurde heute Mittag auf dem Schloßplatz im Allerhöchsten Auftrage von dem Kommandeur des hier garnisonirenden 4. westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 17, Oberst v. Kottwitz, zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Vorstände der königlichen Behörden und die städtischen Kollegen waren zu der Feier geladen, welche unter Beteiligung eines zahlreichen Publikums würdig verlief.

Frankfurt a. M., 5. Oktober. Den Senatoren v. Bernus und Dr. jur. Spely, welche den Senatsvers vom 22. Juli d. J. nicht unterzeichnet und bei dem Senate gegen die Invasion protest und Verwahrung eingelegt haben, soll gutem Vernehmen nach am 1. d. M. ihre vierteljährliche Gehaltsquote nicht ausgezahlt werden sein. Die beiden Herren haben seiner Zeit dem Senate die Anzeige gemacht, daß sie im Hinblick auf ihren Amts- und Dienststand unter den jetzigen Verhältnissen von der Ausübung ihrer Funktionen abscheiden mühten, um hiermit ihre Ansicht zu begründen, daß aus ihrem Verhalten eine freiwillige Niederlegung ihres Amtes nicht gefolgt werden kann; sie haben die Absicht, gegen den Fiskus der freien Stadt Frankfurt Klage zu erheben. Ebenso beabsichtigt der Eigentümer der unterdrückten "Neuen Frankfurter Zeitung", gegen den preußischen Fiskus eine Klage anzustrengen, und zwar auf eine Entschädigungssumme von 200,000 Thalern, als den nachweislichen Werth dieses Blattes. Es ist bekannt, daß die "N. fr. Z." von ihren Gründern und Eigentümern kurz vor dem Einzug der Preußen an einen nordamerikanischen Bürger verkauft worden war, der zum Schutz seines Eigentums die Druckerei der Zeitung mit der nordamerikanischen Flagge schmückte; das hat aber bekanntlich nichts genügt.

Frankfurt, 5. Oktober. Gestern wurden alle noch in Privathäusern einquartierten Soldaten in die nun bewohnbar hergerichteten Kasernen verlegt, und hat damit die Einquartierung bei den Bürgern ihr Ende erreicht. — Im landgräflichen Schlosse zu Homburg fand in voriger Woche die Versteigerung eines Theiles des beweglichen Nachlasses des lebten Landgrafen zum Besten seiner einzigen hochbetagten Schwester, der verwitweten Erbgroßherzogin Augusta von Mecklenburg-Schwerin, statt. Der hauptsächlichste Theil der Möbel und Gemälde ist nach Darmstadt gebracht worden. Das Schloß selbst wird dem Vernehmen nach für den preußischen Civil-Kommissarius als Wohnung eingerichtet. — Von den nassauischen Offizieren werden die jüngeren großthennells in preußische Dienste übertragen. Nur die älteren Stabsoffiziere werden zu meist die Vortheile des nassauischen Pensionsgesetzes in Anspruch nehmen.

Ausland.

Wien, 5. Oktober. Nicht geringes Aufsehen, erzählt die Wiener "Medizinische Wochenschrift", erregt die plötzlich erfolgte Enthbung des Medizinalrathes und Direktors der Kindelanstalt, Dr. Prinz, von seiner Stelle. Die Enthbung erfolgte durch eine offene Bußchrift, welche beim Portier des Kindenhauses am letzten Mittwoch in den Morgenstunden abgegeben wurde, wodurch der Portier zuerst im Hause von dem Ereignis in Kenntnis gesetzt ward. Die Veranlassung zu dieser in so ungewöhnlicher Form erfolgten Enthbung ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Der Bau von zwei neuen Panzer-Fregatten ist "eine beschlossene Thatache" und soll in Angriff genommen werden, "sobald nämlich die nötigen Geldmittel zur Disposition stehen". Die nun bereits bestehenden sieben Panzer-Fregatten Salamander, Don Juan d'Austria, Prinz Eugen, Drache, Kaiser Max, Habsburg und Erzherzog Ferdinand Max kosteten zusammen 12,600,000 Gulden S. C.

Der Prager Domshaf und das Grabdenkmal des heiligen Joann von Nepomuk, welche vor der feindlichen Invasion nach Krumau in Sicherheit gebracht worden waren, sind am 30. September nach Prag zurückgebracht worden. Die Aufstellung des Grabmals hat am 1. Oktober begonnen. Die irdischen Überreste des heil. Landespatrons kommen erst in einigen Tagen von Salzburg an.

Wien, 6. Oktober. Aus Klagenfurt wird der "Debatte" geschrieben: "Der Zustand Kärntens ist, obwohl es nicht direkt zum Kriegsschauplatz gedient hat, ein sehr trauriger. Massenhafte Steuerrücksände, zahlreiche exzitative Zeilbietungen, eine Menge brotloser Arbeiter und Geschäftlosigkeit überhaupt kennzeichnen diesen Zustand zur Genüge. Die Vollendung der Kronprinz-Rudolfsbahn und der Abschluß eines günstigen Handelsvertrages mit Italien, welches von seher der Haupt-Abschlußplatz für unsere Produkte war, das sind die beiden frommen Wünsche, von deren Erfüllung unsere Industriellen eine bessere Zukunft erwarten."

Der Statthalter Graf Goluchowski hat sein Mandat als Abgeordneter zum galizischen Landtag niedergelegt. — Der König von Sachsen wird in dem, dem Großherzoge von Toskana gehörigen Schloss Schlackenwerth bei Karlsbad für einige Zeit seinen Aufenthalt nehmen. — Dem Vizepräsidenten der böhmischen Statthalterei Grafen Lazansky ist die Würde eines geheimen Raths verliehen; Bischof Konovics ist zum Erzbischof von Kolosca ernannt worden. — Als Chef des neuen offiziösen Kreuzerblatts „Wiener Journal“ welches seinen Vorgänger, den Pariser „Abend-Moniteur“, auch insofern kopirt, als es gegen das Gesetz sich von der Stempelpflicht emanzipirt hat, nennt man den bekannten Hofrat Ed. Warrens, unter ihm arbeiten der frühere Redakteur der „Augsb. Allg. Ztg.“ Herr v. Orges und der Redakteur der eingegangenen „Konst. Dester. Ztg.“ Herr v. Müller.

**Paris.**, 6. Oktober. Die Kaiserin Charlotte soll in Paris verfallen sein. Gerüchte dieser Art zirkulirten hier schon in den letzten Tagen, wurden jedoch für unbegründet gehalten; der „Avenir National“ aber meldet heute das traurige Ereignis als positiv und fügt hinzu, der Graf von Flandern, der seine Schwester in Miramare erwartete, sei telegraphisch zu derselben nach Rom berufen worden.

**London,** 6. Oktober.

Der große Mangel an öffentlichen Schulanstalten für die Mittelschichten zur Vorbereitung auf das geschäftliche Leben (Anstalten, die etwa den deutschen höhern Bürgerschulen entsprechen) wird in London immer mehr gefühlt. Ihm abzuhelfen, hat sich nun vor einiger Zeit ein „Verein für die Förderung der Bildung der mittleren Klassen“ gebildet, der die Ersten der City mit zu seinen Mitgliedern zählt. Der Verein beabsichtigt mit Hilfe freiwilliger Beiträge eine Central-Anstalt für tausend Schüler mit acht Zweigstellen für je fünfhundert in der Hauptstadt zu begründen, um so insbesondere den Söhnen der zahlreichen Klasse der Comtoristen und Magaziniers, der besseren Handwerker und kleineren Geschäftsleute ausreichende Unterrichtsgelegenheit zu verschaffen. Als erster Versuch in dieser Richtung ist, nachdem Zeichnungen im Betrage von 55,000 £ stattgefunden, diese Woche eine Schule mit 300 Schülern eröffnet worden. Das Schulgeld beträgt vierteljährig ein £ — ein hier unerhört niedriger Satz — und ist die Aufnahme für's Erste streng auf die oben bezeichnete Klasse beschränkt worden, mit Auschließung der Söhne jener, die auf die Erziehung ihrer Kinder mehr verwenden können.

**Italien.** In Palermo ist die Ruhe wiederum ganz hergestellt, und man sucht die Spuren der angestossen verblebene Tage zu verwischen. Der Gemeinderath hat die Summe von 200,000 Fr. votirt, um diejenigen zu entschädigen, welche durch den Aufstand gelitten haben. Mit Ausnahme des Prinzipiell Linguaglossa und eines gewissen Bonafede haben alle Personen, deren Namen unter der Rebellen-Proklamation standen, erklärt, sie hätten das Altersstück gar nicht gesehen, viel weniger unterzeichnet. Man zog sie am 19. September mit Gewalt auf das Stadthaus, wo sie sich weigerten, an dem provisorischen Comité teilzunehmen; man entließ sie darauf nach Hause, wo sie sich einschlossen, um die Ereignisse abzuwarten. Dennoch missbrauchte man ihre Namen, um dem Aufstand durch deren aristokratischen Klang Ansehen und Anhang zu verschaffen. Der Präfekt Torelli, welcher abberufen wurde, ist hier angekommen; er entschuldigt sein Benehmen mit der Bemerkung, die Vollmachten eines Präfekten seien so beschränkt, daß es ihm unmöglich gewesen sei, sich überall Gehorsam und Zustimmung zu verschaffen. Diese Entschuldigung ist nicht ganz ungegründet; indem man die Autorität der Präfekten von allen Seiten zu untergraben sucht, macht man sie zum Sühnbock aller verfeindeten Massregeln und Unterlassungsfürden der Regierung. Die heutige amtliche Zeitung bringt die Erklärung, daß verschiedene Behauptungen der Broschüre Persano's, welche den Marineminister betreffen, ungern und unvollständig sind. „Obwohl die Regierung, heißt es, entschlossen ist, allen ihren Alten die größte Offenlichkeit zu geben, so hält sie es doch in diesem Augenblick und bei dem schwedenden Prozesse über die Ereignisse von Lissa für nötig, die größte Zurückhaltung zu beobachten und keine ferneren Erklärungen hinzuzufügen.“ — Die spanische Fregatte „Vulcano“ ist in Civitavecchia angelangt; sie soll Depeschen für den Erzherzog Franz II. von der spanischen Regierung gebracht haben. Es scheint sich zu bestätigen, daß Franz II. noch vor dem Abzuge der Franzosen Rom zu verlassen die Absicht habe.

**Florenz,** 2. Oktober. Man erwartet nächstens die Einberufung des Senats als obersten Gerichtshof, um den Admiral Persano zu richten, da nach geendigtem Kriege die Kompetenz desselben von seiner Seite mehr bestritten werden kann. Der Staatsanwalt Trombeta hat in einem langen Bericht die Thatsachen und Gründe dargelegt, in Folge deren Admiral Persano vor jenen Gerichtshof gezogen werden muß. Eine eigentliche Anklage liegt aber noch nicht vor, wie auch der Admiral bis jetzt noch nicht verhört worden ist. Es ist gegenwärtig die Broschüre erschienen, welche Persano zu seiner Vertheidigung geschrieben hat, doch sind darin nur bekannte, oft erwähnte Thatsachen verhüllt und die Schrift scheint mehr darauf berechnet, durch oratorische Wendungen auf die des Seewesens unkundigen Senatoren Eindruck zu machen. Neu ist jedoch darin die Angabe, daß er den Sporn des „Affondatore“ deshalb nicht gegen das feindliche Admiralschiff gebracht habe, weil er bei Anordnung der Manöver, welche dazu erforderlich waren, entdeckt habe, daß das Steuer des „Affondatore“ einen Schaden hatte, welcher jene Manöver unmöglich, oder ihre Ausführung doch sehr unsicher gemacht hätte. Vor der öffentlichen Meinung wird Persano dadurch zwar nicht gerettet, denn man hält diese Angabe geradezu für eine Erfindung; doch dürften diese und ähnliche Ausflüchte ihm behülflich sein, sich aus der Klemme der gerichtlichen Verfolgung herauszuziehen.

**Madrid,** 5. Oktober. Die Königin hat durch Dekret die Cortes-Session geschlossen. Auf die Wiederherstellung der Ruhe drückt der General-Kapitän von Neu-Castilien sein Siegel in einem Schreiben an den Civil-Gouverneur der Hauptstadt, welchem er für sein energisches Auftreten dadurch dankt, daß er ihn zu verdoppelter Wachsamkeit und Strenge auffordert. Keine Rücksicht solle auf Rang, Antecedentien oder Verbindungen genommen werden; je höher die Stellung des Freiers, um so schärfer müsse die Strafe sein. Solches sei der Wille der Königin und der Regierung.

**Schweden.** Über die in Berlin angeblich überreichte schwedische Note enthält das Kopenhagener „Faedrelandet“ aus guter

Quelle folgende Mittheilung: Die Note lenkte die Aufmerksamkeit der preußischen Regierung auf die wichtige Rolle hin, welche die Heere und Flotten der nordischen Reiche bei einem europäischen Konflikte in der Ostsee zu spielen im Stande wären, und erwähnte dabei das Natürliche in einer Zukunfts-Allianz zwischen den nordischen Reichen und Norddeutschland, sobald Preußen durch Zurückgabe des dänischgesinnten Schleswigs gegen Dänemark Gerechtigkeit geübt hätte. Der schwedisch-norwegische Gesandte, Freiherr Sandströmer, hat diese Note auf Befehl dem Grafen Bismarck vorgelesen.

**Petersburg,** 30. September. Eine hochadelige Persönlichkeit, welche im Interesse der Rehabilitierung des Exkönigs Georg hier weilt, flattirt nicht allein am hiesigen Hofe Allem, was irgend im Rufe eines Einflusses steht, sondern frequentirt auch die Hotels der Gesandtschaften, besonders der englischen. Wie man sich erzählt, hat der betreffende Herr kürzlich bei einer diplomatischen Soirée, als er sich über die Theilnahmlosigkeit für seinen unglücklichen Souvereän beschwerte und seine Zweifel aussprach, wohin er sich wenden solle, wenn Russland ihn unerhört lasse, von einem hier sehr einflußreichen und dem Kaiser befreundeten Fürsten die Antwort erhalten: „Geben Sie nach Wien, wo man Ihren Fürsten gegen den Rath Kaisers Alexanders zur Agitation gegen Preußen angereizt hat.“ — Großes Aufsehen macht ein Kaiserlicher Erlass vom 14./26. d. M., nach welchem die Truppenhetze, welche Ordre zum Abmarsch nach der Pruth-Ebene erhalten hatten, aber noch nicht abgegangen waren, jetzt nicht abrücken sollen, und die bereits auf dem Marsche befindlichen Abtheilungen bis auf Weiteres an dem Orte zu verbleiben haben, an dem dieser Befehl sie erlassen werde. Über diesen Schritt ist man in den Kreisen, wo man sich schon der Erfüllung des heißesten Wunsches nahe geträumt, natürlich sehr bestürzt. Man tröstet sich über die erfahrene Täuschung nur damit, daß der Plan gegen die Türkei zwar aufgeschoben, aber niemals aufgehoben werden könne, und doch endlich die Zeit kommen müsse, wo ein zweiter Kreml errichtet und das Doppelkreuz auf der Sophienmoschee den Halbmond verdrängen werde.

**Aus Polen,** 5. Oktober. Die Zustände im Lande haben sich im Laufe dieses Jahres merklich verbessert, und wenn die Lage vieler Gutsherren, die sie sich meist durch eigenes Verschulden bereiteten, auch noch immer sehr drückend ist, so haben die erhaltenen Rentenbriefe doch so manchem derselben, mit dem es schon schleif stand, wieder auf die Beine geholzen und ihm das Verbleiben im Besitzthum ermöglicht. — Hierzu kommt, daß die Ernte im Ganzen erfreidigend, die Getreide- und Produktenpreise verhältnismäßig hoch sind und der Verkehr sich im Allgemeinen gehoben hat, also hinreichend Gelegenheit zum Absatz und Erwerb offen stehen. Die Furcht, daß nach der Revolution und mehr noch nach der Ablösung der Robot die Arbeitskräfte fehlen würden, hat sich als unbegründet erwiesen, und die Feldarbeiten gehen jetzt bei freier Arbeit durchweg schneller und besser von Statten, als zur Zeit der beständigen Robotsverpflichtung der Bauern. Arbeiter sind in größerer Anzahl und zu mäßigeren Preisen vorhanden, als vordem. Auf vielen Dörfern haben die Bauern bei den Gutsherren die sämtlichen Leistungen ganz in der früheren Art kontraktlich übernommen, nur mit dem Unterschiede, daß dies Verhältniß kein gezwungenes, sondern ein freiwilliges ist, das durch gegenseitige Zufriedenheit bedingt wird, weshalb auch die Leistungen prompter und gewissenhafter ausgeführt werden. — Die Besetzung der Beamtenstellen durch Russen ist zum größten Theile schon durchgeführt und nur bei der Postbranche sind noch meist polnische Beamte thätig, da dies Institut noch nicht auf russischem Fuß geregelt ist. — Vor einigen Tagen fand man im Walde bei Turk in einer Grube versenkten einen Kasten mit Revolvern und Schießbedarf, der wahrscheinlich noch aus der letzten Insurrektion herriethen mag, wo man häufig Waffen und Munition, gut verpackt, in Wasserlöschen oder auch in Brunnens versenkten, der Aufmerksamkeit der Behörden zu entziehen wußte.

**Newyork,** 25. September. Wie der „Herald“ erfährt, haben der Kriegsminister Stanton und General Grant dem Präsidenten dringende Vorstellungen gemacht, daß er die Südstaaten zur Annahme des vom Kongresse aufgestellten Verfassungs-Amendements auffordern solle, denn dieses sei der einzige Weg, auf welchem der Süden seine Vertretung wieder erlangen und er, der Präsident, selbst sich der Anklage wegen Verraths entziehen könne. Johnson antwortete, er lasse sich durch persönliche Rücksichten nun und nimmermehr beeinflussen oder einschüchtern. Seine Politik halte er für die richtige, doch werde er von ihr abgehen, sobald er sich überzeuge, daß die Wohlfahrt des Landes es erheische. Die „Newyork Times“ vollendet ihren Rückzug aus der Partei des Präsidenten, indem sie von dem Süden die unbedingte Annahme des Ammendements verlangt. Wie es um Johnson's Einfluß im Senate steht, erhellt aus der Thatsache, daß durch den Wahlgang der Radikalen in New-Jersey die Gegner des Präsidenten für die nächste Session 37 Stimmen zählen, während der Konservativen oder Demokraten nur 15 im Senate sitzen werden. Wendell Phillips hat eine ihm angetragene Kandidatur zum Kongresse ausgeschlagen. — Bei Highgate, in der Nähe von Sloupe's Point, versammeln sich angeblich große Fenierschaaren, die einen neuen Einfall in Canada beabsichtigen.

### Pommern.

**Stettin,** 9. Oktober. (Schwurgerichts-Sitzung vom 8. Oktober.) Durch Erkenntniß des hiesigen Schwurgerichts vom 13. April d. J. war bekanntlich der hiesige Polizei-Sekretär Jakob Theodor Fischer zwar von der Anklage der unrichtigen Führung der Register freigesprochen, dagegen aber wegen unbefugter Vornahme von Handlungen, die nur in Kraft eines öffentlichen Amtes vorgenommen werden dürfen und wegen fortgesetzter Unterschlagung in amtlicher Eigenschaft empfangener Gelder zu 2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt worden. Fischer hat gegen dies Erkenntniß die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt und hat das Obertribunal, unter Aufhebung des Strafmaßes, das Erkenntniß theilweise vernichtet und die Sache vor ein neues Schwurgericht verwiesen. Die am 13. April den Geschworenen vorgelegte vierte Frage lautete nämlich: „Ist der Angeklagte schuldig, im Laufe des Jahres 1860 und bis zum August 1864 zu Stettin während seiner Anstellung bei der Königlichen Polizei-Direktion daselbst fortgesetzt Gelder, welche er in amtlicher Eigen-

schaft empfangen hatte, unterschlagen zu haben?“ Nach der Aufführung des Ober-Tribunals enthält diese Frage nicht alle Thatachen, welche die wesentlichen Merkmale der dem Angeklagten zur Last gelegten strafbaren Handlung bilden, auch verleihe dieselbe die Artikel 81 und 83 des Gesetzes vom 3. Mai 1852, weil der Begriff der Unterschlagung, als ein nicht allgemein bekannte und hier ausdrücklich bestrittener Rechtsbegriff nach seinen im §. 325 A. G.-D. angegebenen sämtlichen Merkmalen hätten aufgelöst werden müssen. Es wurde heute also nur allein wegen Feststellung des Thatbestandes der Unterschlagung verhandelt. Die Geschworenen bejahten die ihnen heute vorgelegte Frage: „Ist der Angeklagte Jakob Theodor Fischer schuldig, im Laufe des Jahres 1860 bis zum August 1864 in seiner Eigenschaft als Beamter der Königl. Polizei-Direktion in Stettin fortgesetzt Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft mit der Verpflichtung, dieselben zur Kasse der Polizei-Direktion abzuliefern, empfangen hatte, zum Nachtheile des Eigentümers bei Seite geschafft zu haben?“ Der Gerichtshof erkannte nun mehr, indem er das Strafmaß auch auf die Amtsüberschreitung ausdehnte, wieder auf 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Ein Antrag auf vorläufige Freilassung des Angeklagten wurde von dem Gerichtshof abgelehnt.

— Durch das Schwurgericht zu Naugard wurde am Sonnabend, dem 6. d. nach zweitägiger Verhandlung, die Ehefrau des Ackerbürgers Meier aus Regenwalde wegen Theilnahme an einem von ihrem inzwischen verstorbenen Ehemann an seiner leiblichen Tochter aus früherer Ehe verübten Morde zum Tode verurtheilt. Die Angeklagte nahm das Todesurtheil mit der größten Gleichgültigkeit und mit lächelnder Miene entgegen. Sie ist die vierte Ehefrau des Meier und hatte denselben zu der That verleitet, um das Muttererbe der Ermordeten, in Höhe von 2280 Thlrn., zu erhalten.

### Neueste Nachrichten.

**Kassel,** 8. Oktober, Nachmittags. Die „Kasseler Zeitung“ bringt eine ausführliche Beschreibung der Feierlichkeiten bei der Verkündigung des Pesthergreifungspatentes. Sämtliche Stände, Zünfte und Gefangenviere befreiten sich an denselben mit ihren Fahnen. Eine speziell für diese Feier geschriebene und componierte Festhymne wurde vorgetragen. In der Bevölkerung herrscht großer Enthusiasmus.

**Florenz,** 8. Oktober. Der Friedensvertrag mit Österreich ist ratifiziert. — Die Österreicher machen morgen mit der Übergabe Venetiens an den General Leboeuf den Anfang. — Nach Korrespondenzen aus Rom ist die Kaiserin von Mexiko krank.

**Konstantinopol,** 7. Oktober. Das Journal „Turquie“ demonstriert die Nachricht, daß eine Abtheilung der Garnison von Korfu den Ort Preveza (Albanien) überfallen und eingenommen habe; für ebenso unbegründet wird die Nachricht erklärt, daß bei Castri griechische Truppen die Grenze überschritten und Arta angegriffen haben.

Nach Epirus sind weitere Truppenverstärkungen abgegangen. Die Regierung entwickelte große Energie, um den Aufstand zu besiegen und man hofft bis zum 15. d. M. Kandia vollständig zu pacificieren.

### Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

**Frankfurt a. M.**, 8. Oktober. Heute fand hier der Einverleibungs-Akt statt. Nach Verlesung des Patents im Kaiser-Saal, wo außer den Garnisons-Offizieren der Senat und die Behörden versammelt waren, forderte Herr v. Patow die Behörden auf, die Funktionen bis zur Einführung der Verfassung fortzuführen. In längerer Rede erkannte er den berechtigten Schmerz über den Verlust der Selbstständigkeit der Bürger an. Er stellte dem gegenüber die Vortheile des neuen starken Vaterlandes durch die Heeresverfassung, die Verwaltung und die Justizpflege. Während des Hochs auf Se. Majestät den König wurde unter dem Salut der Truppen und den Klängen der Nationalhymne die preußische Fahne aufgehisst. Auf dem Nömerberg waren große Menschenmassen. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig.

**Kassel,** 8. Oktober. Der Administrator Möller sagte vor der Patent-Verkündigung: Die hier versammelten Tausende geben Zeugnis, daß das hiesische Volk die unermöliche Bedeutung des Ereignisses für seine Wohlfahrt zu würdigen weiß. Alle werden einst die Wandlung segnen. — In Wiesbaden fanden entsprechende Feierlichkeiten statt.

### Hörben-Berichte.

**Berlin,** 8. Oktober. Weizen zur Stelle höher zu placiren, Termine ferner gestiegen.

Roggen auf Termine machte heute in der Steigerung weitere Fortschritte und setzte gleich bei Beginn der Börse merklich höher über Sonnabends-Kourse ein, wozu umfangreiche Deckungs- und Spekulationsläufe beigetragen haben. Im Verlaufe war die Haltung vorübergehend ruhiger, dieselbe befestigte sich aber sehr bald und alle Sichten zu leichten Koursen gefragt. Gel. 9000 Ctr.

Häfer loco sehr fest, Termine höher. Gel. 1800 Ctr. Dolsaaten gel. 900 Ctr. Rübsel gleichfalls fest und in Deckung begehr, hat etwas bessere Preise, welche sich aber schließlich nicht vollends beaupten konnten und der Markt ruhiger schließt. Gel. 2000 Ctr. Spiritus schloß sich in der Tendenz dem Roggenmarkt an und wurde bei guter Nachfrage zu langsam steigenden Preisen ziemlich rege umgesetzt.

Weizen loco 65 84 Rb. nach Qualität, Lieferung pr. Oktober 76 Rb. bez., Oktober-November 74 Rb. Br., 75 1/2 Rb. Od., November-Dezember 72 Rb. bez. n. Od., 73 Rb. April-May 71 1/2, 72 Rb. bez.

Roggen loco 80—84 pfd. 52, 1/2 Rb. ab Rahm bez., schwimmend 82 bis 88 pfd. 52 1/2 Rb. bez., pr. Oktober 52 1/2, 1/2, 1/4, 1/8 Rb. bez. u. Br. 5 1/2 Br., Oktober-November 51 1/2, 52 1/2 Rb. bez. u. Br., 51 1/2 Od., November-Dezember 50 1/2, 51 1/2 Rb. bez., Frühjahr 49 1/2, 50 Rb. bez. u. Br., 49 1/2 Od., Mai-Juni 50, 49 1/2, 50 Rb. bez.

Grieß, grobe und kleine, 43—50 Rb. per 1750 Pf.

Häfer loco 24—27 1/2 Rb., polnischer 25 1/2—26 Rb. bez., Oktober-November u. November-Dezember 26 1/2 Rb. bez., Frühjahr 26 1/2 Rb. bez., Mai-Juni 26 3/4 Rb. bez.

Erbsen, Kochware 62—68 Rb., Futterware 53—58 Rb. bez. Rübsel loco 13 1/2, 1/2 Rb. Br., Oktober 13 1/2, 7 1/2, 1/2 Rb. bez., November-Dezember 13 1/2, 1/2 Rb. bez., April-Mai 13 1/2, 1/2 Rb. bez., Mai-Juni 13 1/2, 1/2 Rb. bez.

Leinöl loco 15 Rb. Spiritus loco ohne Fass 16 1/2 Rb. bez., Oktober 15 5/6, 13 1/2 Rb. bez., 16 Rb. Br., 15 11/12 Rb. Od., Oktober-November 15 1/2, 1/2 Rb. bez. u. Br., 12 1/2 Rb. Od. bez., November-Dezember 15 1/2, 1/2 Rb. bez., April-Mai 15 1/2, 1/2 Rb. bez. u. Br., 12 1/2 Rb. Od. bez.



